

Lisa Knoll

Über die Rechtfertigung wirtschaftlichen Handelns

CO₂-Handel in der kommunalen Energiewirtschaft



Springer VS

Über die Rechtfertigung wirtschaftlichen Handelns

Lisa Knoll

Über die Rechtfertigung wirtschaftlichen Handelns

CO₂-Handel in der kommunalen
Energiewirtschaft

Mit einem Vorwort von Prof. Dr. Anita Engels

 Springer VS

Lisa Knoll
Hamburg, Deutschland

Zugl. Dissertation an der Universität Hamburg, 2010

Die Dissertation entstand im Rahmen des DFG-Projekts „Eine international vergleichende Untersuchung institutioneller Einflüsse auf das ökonomische Handeln von Unternehmen (am Beispiel des Emissionshandels)“ unter der Leitung von Prof. Dr. Anita Engels (DFG EN 488/ 2) am Centrum für Globalisierung und Governance der Universität Hamburg.

ISBN 978-3-531-18221-6

ISBN 978-3-531-18983-3 (eBook)

DOI 10.1007/978-3-531-18983-3

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© VS Verlag für Sozialwissenschaften | Springer Fachmedien Wiesbaden 2012

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Einbandentwurf: Künkellopka GmbH, Heidelberg

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer VS ist eine Marke von Springer DE. Springer DE ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media
www.springer-vs.de

für Martin († 27. August 2010)

Vorwort

Der anthropogene Klimawandel ist in den letzten Jahren auch in der Soziologie verstärkt zum Thema geworden. Die Beiträge tendieren zu zwei gegensätzlichen Extremen. An einem Ende des Spektrums finden sich Katastrophen verkündende Erzählungen, die zu radikalem Gesellschaftswandel aufrufen; am gegenüberliegenden Ende geht es um Studien, die die Gesellschaft geradezu technokratisch nach Vulnerabilitäten und nach Anpassungsmöglichkeiten an negative Folgen des Klimawandels beforschen, um konkrete politische Empfehlungen zu geben. Offenbar ist es schwierig, angesichts der Ausmaße der möglichen Veränderungen des Klimasystems die Ruhe zu bewahren und das erlangte Reflexionspotential der Disziplin nicht zu verschenken.

Es gibt wenige Untersuchungen, die sich im Sinne einer soziologischen Grundlagenforschung mit der Problematik des Klimawandels und seiner Regulierung beschäftigen. Was passiert eigentlich, soziologisch betrachtet, wenn sich in einer Gesellschaft immer mehr Organisationen, Akteure, Teilbereiche, etc. auf eine Zukunft einstellen, in der der Ausstoß von CO₂ und anderen Treibhausgasen reduziert wird? Welche Dynamiken lassen sich bei dem Versuch beobachten, die menschlich verursachten Treibhausgasemissionen so weit zu reduzieren, dass die Produktion von Wohlstand und Sicherheit nicht mehr von der Nutzung fossiler Energieträger abhängt? Wie vollzieht sich der Prozess der Karbonisierung, d.h. der Sichtbarmachung dieser Abhängigkeit, die der Herstellung der Regulierbarkeit des gesellschaftlichen CO₂-Problems vorausgeht und somit erst die Grundlage für eine Dekarbonisierung darstellt?

Das vorliegende Buch stellt sich dieser Herausforderung. Hier wird die Frage gestellt, wie sich wirtschaftliche Akteure auf neue Formen der CO₂-Regulierung einstellen. Dabei wird nach einem verbesserten theoretischen Verständnis von wirtschaftlichem Handeln und der Rechtfertigung dieses Handelns gesucht. Die Arbeit, bei der es sich um eine Dissertation handelt, beschäftigt sich mit dem Problem des carbon management, d.h. mit der Frage nach dem praktischen Umgang mit einer zunehmenden Regulierung von bisher unregulierten Begleiterscheinungen industrieller Produktion. Die Art und Weise, wie sich die beteiligten Unternehmen (hier: zwei Stadtwerke) auf diese Herausforderung einstellen, wird zukünftige Emissionsniveaus der Unternehmen beeinflussen.

Wirtschaftliche Rationalität und wirtschaftliches Handeln sind derzeit Gegenstände der Betrachtung einer wachsenden Anzahl von wirtschaftssoziologischen Arbeiten, die eine große Bandbreite an unterschiedlichen theoretischen Ansätzen, methodischen Zugängen und empirischen Themenstellungen beinhalten. Die Renaissance der so genannten Neuen Wirtschaftssoziologie ging zunächst von den USA aus und hat sich dann im deutschsprachigen Raum zu einer festen Größe etabliert. Hier ist eine gewisse Dominanz des soziologischen Neoinstitutionalismus zu beobachten, wenngleich eine Vielzahl von anderen Zugängen ebenfalls prominent diskutiert werden (z.B. der Performativitätsansatz oder die „sociology of finance“). Eigenständige theoretische Diskussionsstränge hat es insbesondere im französischsprachigen Raum gegeben – mit der Konventionenökonomie ist ein Weg beschritten worden, der das Verhältnis von Ökonomie und Soziologie auf neue Weise zu definieren sucht.

Das vorliegende Buch reiht sich in diesen Kanon wirtschaftssoziologischer Studien ein und liefert hierzu sowohl einen eigenständigen theoretischen Beitrag als auch eine lesenswerte empirische Studie zu den unterschiedlichen organisationalen Bewältigungsformen des neuen europäischen Emissionshandelsystems durch zwei kommunale Energieversorger in Deutschland. Der Emissionshandel stellte bei seiner Pflichteinführung im Jahr 2005 für viele betroffenen Unternehmen eine große Herausforderung dar. Die CO₂-Emissionen, die bisher nicht genehmigungspflichtig waren, wurden mit der Einführung des Emissionshandels zum Gegenstand einer komplexen politischen Regulierung. Obwohl es sich um ein marktförmiges Instrument handelt, das den Unternehmen größtmögliche Flexibilität bei der Einhaltung quantitativer Emissionsbegrenzungen gewähren soll, mussten zahlreiche der über 10.000 beteiligten Unternehmen erst umfangreiche organisationale Änderungen einführen, um mit der neuen Regulierung im Einklang zu stehen. Insgesamt kann man die ersten drei Jahre des europäischen Emissionshandels getrost als Lern- oder gar Testphase betrachten, in der sich viele Unternehmen erst die jeweilige Bedeutung dieser neuen Regelung für die eigenen Unternehmensabläufe erarbeiten mussten.

In der hier vorliegenden Untersuchung handelt es sich um zwei kommunale Energieversorger, die unter vergleichbaren Marktbedingungen operieren und dennoch sehr unterschiedliche Lösungen für die Umsetzung des europäischen Emissionshandels finden. Zeitweise stehen sich die Strategien der beiden Unternehmen im Umgang mit den handelbaren Emissionsrechten sogar diametral gegenüber. Die Arbeit widmet sich also einem faszinierenden Forschungsproblem und testet dabei die Plausibilität und Erklärungskraft von zwei konkurrierenden Ansätzen in der gegenwärtigen Wirtschaftssoziologie. Das Ziel der Arbeit besteht darin, den soziologischen Neoinstitutionalismus mit dem ethnomethodologisch informierten Ansatz der Konventionenökonomie zu kontrastieren, so

dass sich beide Ansätze gegenseitig befruchten und ergänzen können. Das ist deshalb besonders interessant, weil sich beide mit dem Aspekt der Legitimation wirtschaftlichen Handelns auseinandersetzen. Die Studie kommt daher zu vielen interessanten und zum Teil überraschenden Ergebnissen. Es wird herausgearbeitet, wie die jeweils lokalen Aushandlungsprozesse mit den Veränderungsdynamiken des Feldes der kommunalen Energiewirtschaft zusammenzubringen sind. Das Feld lässt eine generelle Dominanz des Prinzips der kommunalen Versorgungsverantwortung (ein Kompromiss aus den Konventionen Staatsbürgertum und Industrie) erkennen, dem sich die Marktlogik unterordnen muss. Das könnte bedeuten, dass das Feld der kommunalen Energieversorgungswirtschaft weitaus stabiler und den Veränderungsdynamiken gegenüber resistenter ist, als von außen vermutet werden kann. Das hat erhebliche Konsequenzen für die Möglichkeiten marktformiger Klimaschutzinstrumente, in einem solchen Feld den Einstieg in die Dekarbonisierung einzuleiten. Neben der methodologischen Schärfung und der konzeptionellen Präzisierung des Legitimations- und Rechtfertigungszusammenhangs verweist die Arbeit daher vor allem auf die Trägheit institutioneller Arrangements, die selbst tiefgreifenden Veränderungen wie der Energiemarktliberalisierung standhalten und nur sehr langsam auf neue Rechtfertigungsmuster einschwenken.

Hamburg, November 2011

Prof. Dr. Anita Engels

Dank!

Die vorliegende Dissertation entstand als Teilprojekt des DFG-geförderten Forschungsprojekts „Eine international vergleichende Untersuchung institutioneller Einflüsse auf das ökonomische Handeln von Unternehmen (am Beispiel des Emissionshandels)“ (DFG EN 488/ 2) am Centrum für Globalisierung und Governance der Universität Hamburg. Viele der in diesem Buch ausgeführten Gedanken sind deshalb im Austausch mit Anita Engels und Martin Huth diskutiert und durchdacht worden. Auch gilt mein Dank Holger Braun-Thürmann und Benjamin Stephan, die als ‚sozialwissenschaftliche Klimaforscher‘ am Klima Campus der Universität Hamburg für Zwischenkorrekturen und klärende Gespräche zur Verfügung standen. Zudem habe ich im Kolloquium zur Organisations- und Wirtschaftssoziologie von Jürgen Beyer wichtige Hinweise und Anregungen erhalten und mich insbesondere mit Stefan Kirchner immer wieder ausgetauscht. Rainer Diaz-Bone hat mit seinem inspirierenden Vortrag auf der Jahrestagung der Sektion Wirtschaftssoziologie der DGS in Berlin vom 18. bis 19. Februar 2008 mit dem Titel „Économie des conventions – ein transdisziplinäres Fundament für die neue empirische Wirtschaftssoziologie“ mein Interesse für die neuen Sozialwissenschaften in Frankreich geweckt und meiner Dissertation damit eine entscheidende Wendung gegeben. Auch danke ich Daniel Schluchter, mit dem ich viele Stunden des Durchdenkens zugebracht habe. Mein besonderer Dank gilt den Mitarbeitern der beiden Stadtwerke, die sich zur Teilnahme an einer Unternehmensfallstudie bereiterklärt und in diesem Zusammenhang eine Gruppendiskussion mit ihren Kollegen ermöglicht haben. Sie standen immer wieder für die Beantwortung von Nachfragen zu den komplexen Abläufen des Stromhandels und des Emissionshandels zur Verfügung.

Hamburg, November 2011

Lisa Knoll

Inhalt

Abbildungsverzeichnis	17
Tabellenverzeichnis	17
Abkürzungsverzeichnis.....	19
I. Einleitung.....	21
II. Kommunale Energieversorgung im Wandel.....	29
1. Kommunalwirtschaftlichkeit	29
2. Energiemarktliberalisierung	33
2.1 Wettbewerb	33
2.2 Stromhandel	35
3. Anthropogener Klimawandel.....	37
3.1 Die Rolle der Stadtwerke	38
3.2 Der EU-Emissionshandel	40
III. Neoinstitutionalismus und Konventionenökonomie.....	45
1. Neoinstitutionalismus	47
1.1 Heterogenität in Feldern.....	47
1.2 Mikrofundierung	55
2. Konventionenökonomie.....	60
2.1 Institutionen und Konventionen	61
2.2 Rechtfertigungsordnungen	64
2.3 Legitimierung und Rechtfertigung	72
2.4 Materialität	75
2.5 Rationalität	80
3. Zusammenfassung	82

IV. Methodisches Vorgehen	85
1. Fallauswahl.....	86
2. Gruppendiskussion	88
3. Datengenerierung.....	92
3.1 Stadtwerk A.....	95
3.2 Stadtwerk B.....	96
4. Auswertung.....	97
4.1 Rekonstruktion des Emissionshandelsverhaltens	97
4.2 Gruppendiskussion als Gespräch.....	98
4.3 Rechtfertigungsordnungen als sensitizing concepts	100
V. Die Ambivalenz wirtschaftlichen Handelns	103
1. CO ₂ -Handel im Vergleich.....	103
1.1 Stadtwerk A: „No risk, no fun!“	107
1.1.1 CO ₂ -Handelsverhalten in Phase I.....	107
1.1.2 Buchhalterische Lösung.....	112
1.1.3 Umgang mit Beteiligungszertifikaten	115
1.1.4 CO ₂ -Kalkulation.....	116
1.1.5 CO ₂ -Handelsverhalten in Phase II.....	118
1.2 Stadtwerk B: „der Sinn der physischen Erfüllung“	122
1.2.1 CO ₂ -Handelsverhalten in Phase I.....	122
1.2.2 CO ₂ -Kalkulation.....	125
1.2.3 Buchhalterische Lösung.....	130
1.2.4 Umgang mit Beteiligungszertifikaten	132
1.2.5 CO ₂ -Handelsverhalten Phase II.....	134
2. Theoretische Bezüge und Implikationen	135
2.1 Zwei Begründungsfiguren wirtschaftlichen Handelns	136
2.2 „A Price is a Social Thing“	138
2.3 Kompromissobjekt Beschaffungsportfolio.....	140
2.4 Der organisationale Umgang mit Heterogenität.....	142
2.5 Objekte und Personen.....	143

3.	Die Rechtfertigung wirtschaftlichen Handelns	148
3.1	Kraftwerkseinsatzentscheidung	148
3.2	Energiesparförderprogramme	153
3.3	Wettbewerb	157
3.4	CO ₂ -Minderungsprojekte	160
3.5	Klimaschutz versus Unternehmensschutz	163
3.6	Spekulation	168
4.	Zum Verhältnis von Konventionen und Feldern	172
4.1	Die Legitimation von Spekulation	176
4.2	Die Legitimation von Klimaschutzmaßnahmen	178
4.3	Fazit	181
VI.	Zusammenfassung und Ausblick	183
1.	Mikrofundierung des soziologischen Neoinstitutionalismus	183
2.	CO ₂ -Handel – ein Ausblick	188
	Literaturverzeichnis	193

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: EUA-Preisentwicklung 2005-2007	42
Abbildung 2: Stadtwerk A: Emissionshandelszeitpunkte 2005-2007	105
Abbildung 3: Stadtwerk A: Bedarfsituation 2005-2007	105
Abbildung 4: Stadtwerk B: Emissionshandelszeitpunkte 2005-2007	106
Abbildung 5: Stadtwerk B: Bedarfsituation 2005-2007	106
Abbildung 6: Stadtwerk B: Bedarfskalkulation Fernwärme	127

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Vier-Felder-Schema nach Scott und Meyer	51
Tabelle 2: Rechtfertigungsordnungen	65
Tabelle 3: Interpretationstypik nach Thévenot	74
Tabelle 4: Strukturelle Vergleichsdaten Stadtwerk A und Stadtwerk B	87
Tabelle 5: Datenmaterial	93
Tabelle 6: CO ₂ -Handelstypologie MARKT und INDUSTRIE	136
Tabelle 7: Legitimierung im Feld der kommunalen Energiewirtschaft	174

Abkürzungsverzeichnis

AG	Arbeitsgemeinschaft
BH	Finanzbuchhaltung Stadtwerk A und B
CER	Certified Emission Reduction aus CO ₂ -Minderungsprojekten in Entwicklungsländern (1 Tonne CO ₂ -Äquivalent)
DEHSt	Deutsche Emissionshandelsstelle
EEX	European Energy Exchange, Leipzig
ERU	Emission Reduction Unit aus CO ₂ -Minderungsprojekten in Schwellenländern (1 Tonne CO ₂ -Äquivalent)
EUA	European Emission Allowance (1 Tonne CO ₂ -Äquivalent)
EVU	Energieversorgungsunternehmen
GD	Gruppendiskussion
INT	Interviewerin/ Interview
IPCC	Intergovernmental Panel on Climate Change
JWD	umgangssprachlicher Ausdruck für ‚janz weit draußen‘, in etwa ‚sonst wo‘
KR	Mitarbeiter Kraftwerk Stadtwerk A und B
KWK	Kraftwärmekopplung
MA	Marketingbeauftragter Stadtwerk B
MOD	Moderatorin der Gruppendiskussion
NAP	Nationaler Allokationsplan
SH	Stromhandel Stadtwerk A und B
SW	Stadtwerk
TN	Teilnehmer/ Teilnahme
UM	Umweltbeauftragter Stadtwerk A
UNFCCC	United Nations Framework Convention on Climate Change
ZuG	Zuteilungsgesetz
ZuV	Zuteilungsverordnung

I. Einleitung

Organisationen in einer sich wandelnden institutionellen Umwelt sind aufschlussreiche Forschungsobjekte, weil hier alte und neue Gewissheiten aufeinandertreffen, in Konkurrenz zueinander treten und verhandelt werden. Die kommunale Energieversorgungswirtschaft ist ein solches Beispiel für ein organisationales Feld im Wandel (Edeling et al. 2004; Froschauer 2006; Barnekow & Jansen 2006; Bohne & Jansen 2007; Edeling 2008). Die Energiemarktliberalisierung und die Herausforderungen einer klimagerechten Energieerzeugung verursachen umfangreiche „Veränderungsdynamiken“, Verordnungen müssen umgesetzt und neue Unternehmenskulturen etabliert werden (Froschauer 2006). Die Einführung des EU-Emissionshandels zum 1. Januar 2005 ist in diesem Zusammenhang nur eine Neuerung unter vielen, mit denen sich kommunale energieerzeugende Unternehmen auseinandersetzen müssen. Diese Studie interessiert sich nun dafür, wie und in Bezug worauf wirtschaftliches Handeln in zwei kommunalen Stadtwerken begründbar und legitimierbar sein kann, wenn der Kontext, indem Entscheidungen getroffen und gerechtfertigt werden müssen, in Bewegung ist.

Für das Verständnis wirtschaftlichen Handelns unter den Bedingungen von Ungewissheit können in der Organisations- und Wirtschaftssoziologie zwei theoretische Ansätze herangezogen werden, deren Potenziale für die hier vorliegende Fragestellung fruchtbar gemacht werden. Sowohl der soziologische Neoinstitutionalismus als auch die in Frankreich entwickelte Soziologie der Konventionen (*économie des conventions*) haben sich in Abgrenzung zu rationalistischen Handlungstheorien in der Organisations- und Wirtschaftsforschung positioniert und setzen beide – auf unterschiedliche Weise – das Problem der Legitimation zentral. In beiden Ansätzen geht es um Deutungsmuster, Handlungsgrammatiken, oder kognitive Skripte, die organisationalen oder wirtschaftlichen Abläufen Sinn verleihen. Dabei ist die Konventionenökonomie ein Ansatz, dessen Rezeption außerhalb Frankreichs gerade erst beginnt.

Die vorliegende Untersuchung greift die neoinstitutionalistische Debatte der Verschiedenartigkeit von „belief systems“ (Scott 1994) oder „institutional logics“ (Thornton & Ocasio 1999, 2008) in Feldern auf und fragt, was aus der Heterogenität für eine mikrosoziologische Fundierung des Neoinstitutionalismus und das Verständnis von Stabilität und Wandel in Feldern folgen kann. Eine Mi-

krofundierung und eine Prozessorientierung des soziologischen Neoinstitutionalismus wird von prominenten Begründerinnen und Begründern des Ansatzes immer wieder gefordert (DiMaggio & Powell 1991; Zucker 1991; Powell & Colyvas 2008). Die vorliegende Arbeit leistet an dieser Stelle einen Beitrag, indem sie zentrale Begrifflichkeiten des soziologischen Neoinstitutionalismus und der ethnomethodologisch informierten Konventionenökonomie – Institution vs. Konvention, Legitimation vs. Rechtfertigung, sowie die Rationalitätsbegriffe und das Materialitätsverständnis der beiden Ansätze – vorstellt, sowie in kontrastierender Absicht das theoretische Verhältnis der beiden Ansätze zueinander diskutiert. Dabei erscheinen institutionelle Logiken oder Konventionen als kultureller Aspekt von Feldern, die über die interpretativen Hervorbringungsleistungen der Akteure mikrofundiert werden. Schon bei Berger und Luckmann (1980: 98) wird der Prozess der Legitimierung als sekundäre Objektivation von Sinn verstanden, welcher notwendig wird, weil die institutionelle Ordnung hinterfragbar und deshalb ständig gefährdet ist. Die Konventionenökonomie bietet nun über den Begriff der Rechtfertigung (Boltanski & Thévenot 1991) einen besonderen methodologischen Zugriff auf diesen Prozess der Legitimierung.

Die Soziologie der Konventionen geht von einer prinzipiellen Mehrdeutigkeit wirtschaftlicher Situationen aus. Dabei legt sie eine Typik ausformulierter Rechtfertigungsordnungen vor, in der sie die Eigenlogiken dieser und die potenziellen Widersprüche zwischen den Ordnungen darlegt (Boltanski & Thévenot 1991). Akteuren stehen verschiedene, zum Teil in Objekte eingelassene, Konventionen oder Rechtfertigungsordnungen zur Verfügung, die sie zur Orientierung in einer Situation oder zur Klärung einer Situation heranziehen können. Der Ausgangspunkt der Analyse ist damit die soziale Situation, in der Konflikte ausgetragen, Widersprüche bearbeitet oder Einigungen erzielt werden. An dieser Stelle ergibt sich eine interessante Parallele zur Denkfigur der Entkopplung (decoupling) bei Meyer und Rowan (1977). Auch Meyer und Rowan fragen, welche Konsequenzen eine hohe Komplexität der Organisationsumwelt und widersprüchliche Umwelterwartungen für den Arbeitsalltag in Organisationen haben. Mit der Betonung von *heterogenen* Feldern (z.B. Scott 1994; Thornton & Ocasio 1999; Soe & Creed 2002) hat die Relevanz dieser Frage zugenommen. Denn wenn organisationale Entscheidungen im Hinblick auf ganz unterschiedliche institutionelle Logiken begründet werden können, dann stellt sich die Frage nach dem *Wie* dieser Bearbeitung von Inkonsistenzen fast automatisch.

Die Einführung des CO₂-Handels eignet sich besonders als Gegenstand zur Beobachtung dieser Fragestellung, weil der CO₂-Handel verschiedene organisationale Bereiche anspricht: energiemarktbezogene, anlagentechnische, klimaschutzorientierte. Mit der Einführung des CO₂-Handels hat die Emission einer

Tonne des Treibhausgases CO₂ einen Preis bekommen. Im Emissionshandelssystem wird energieverzehrenden Anlagen eine bestimmte Anzahl an Emissionsrechten zugeteilt, deren Bestand in den Unternehmen kalkuliert, verwaltet oder verwertet werden soll, um dann ins Verhältnis zu den eigenen CO₂-Emissionen gesetzt zu werden. Dieser Prozess ist komplex und mit verschiedenen Unsicherheiten verbunden. So ist nicht nur die eigene Erzeugungsleistung und damit die Bedarfssituation, sondern auch die CO₂-Preisentwicklung schwer prognostizierbaren Schwankungen unterworfen. Handelbare Emissionsrechte sind neue potenziell mehrdeutige wirtschaftliche Objekte, denen in verschiedenen Abteilungen Sinn zugewiesen werden muss, bevor sie verarbeitet werden können. Die Kraftwerksabteilung muss die CO₂-Emissionen einer Anlage mit einer standardisierten Formel ermitteln und dokumentieren, die Buchhaltung muss sich fragen, wie die wertvollen Vermögenstitel nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung abgebildet werden und die Handelsabteilung muss eine Beschaffungs- oder Handelsstrategie entwickeln. Die Einführung des Emissionshandels ist ein ungemein interessanter Fall für die Soziologie, weil hier ‚rationale‘ oder ‚angemessene‘ Lösungen für ein Entscheidungsproblem gefunden werden müssen, für das bislang noch keine etablierten Lösungsroutinen existieren.

In dieser Studie wird unter Bezug auf den „methodologischen Situationalismus“ (Knorr-Cetina 1981) der Konventionenökonomie und einen interaktionsanalytisch gewendeten decoupling-Begriff von Meyer und Rowan gezeigt, wie Akteure im Gespräch – hier in der Gruppendiskussion – Rechtfertigungsordnungen flexibel zitieren, diese gleichzeitig reproduzieren und gegeneinander und füreinander in Stellung bringen. Die Gruppendiskussion (Bohnsack) oder auch das eher in der angelsächsischen Soziologie verbreitete Verfahren der focus group (Barbour & Kitzinger 1999) erscheinen prädestinierte Verfahren zur Erforschung *kollektiver* Sinngabeprozesse. Auch Boltanski und Thévenot (1983) zeigen anhand von Gruppenexperimenten die Mehrdeutigkeit und Verhandbarkeit statistischer Kodierung auf. Hier wird die Gruppendiskussion als Methode vorgestellt, welche die situative Aushandlung von mehrdeutigen Kontexten sichtbar machen kann. Dies deshalb, weil die Akteure sich eben nicht nur vor der Sozialforscherin rechtfertigen, sondern insbesondere auch vor ihren Kollegen. Bohnsack (1997, 2005) geht davon aus, dass soziale Gruppen, Milieus, oder Generationen kollektive Orientierungsmuster bereits entwickelt *haben*, die sie in Gruppendiskussionen lediglich *aktualisieren*. Kollektive Orientierungsmuster werden hier also nicht erst interaktiv hervorgebracht, sondern kollektive Orientierungsmuster sind bereits vorhanden und können von der Sozialforscherin durch das Verfahren der Gruppendiskussion identifiziert werden. Mit einem durch die Konventionenökonomie inspirierten Gruppendiskussionsverfahren

kommt das Moment der situativen Verhandlung sozialer Wirklichkeit stärker in den Blick. Ein wirtschaftlich-organisatorisches Arrangement zeichnet sich hier gerade nicht durch Homogenität aus, sondern durch die *Gleichzeitigkeit verschiedener Ordnungen*, die *in besonderer Weise* situativ rekombiniert werden. Über eine interaktions- und gesprächsanalytische Auswertung kann die Bearbeitung der Inkonsistenzen durch die Gruppe zum Gegenstand werden, die auch Meyer und Rowan (1977: 356 f.) ansprechen, wenn sie auf den organisationalen Umgang mit Widersprüchen hinweisen. Die Gruppendiskussion wird als ein Verfahren vorgestellt, welches die Heterogenität und die Widersprüche in einer Gruppe und die interaktive Bearbeitung dieser Widersprüche über eine gesprächsanalytische Auswertung sichtbar machen kann. In der Konventionenökonomie sind derartige situative Konflikt- und Kompromissbildungen genuiner Untersuchungsgegenstand. Für den Neoinstitutionalismus bedeutet dies eine Umkehrung seiner klassischen Denkrichtung. Der Untersuchungsgegenstand wird hier nicht von den Institutionen oder den „superindividual units of analysis that cannot be reduced to aggregations or direct consequences of individual's attributes or motives“ (DiMaggio & Powell 1991: 8) hergedacht (top-down), sondern von den interpretativen und interaktiven Rekonstruktionsleistungen der Akteure, die sich in einem kulturell heterogenen Kontext zurechtfinden (bottom-up).

Unter den Bedingungen der Ambivalenz und potenziellen Mehrdeutigkeit wirtschaftlichen Handelns sind Konflikte und Widersprüche wahrscheinlich, gleichzeitig ist es aber auch möglich, das eigene Vorhaben in Bezug auf verschiedene Rechtfertigungsordnungen zu plausibilisieren, z.B. wenn Energiesparförderprogramme gleichzeitig als gut für das Klima, gut für die Unternehmensbilanz und gut im Sinne einer verantwortlichen Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit Energie dargestellt werden (Kapitel V 3.2). Es kann jedoch auch sein, dass die Widersprüche zwischen den Ordnungen situativ irreparabel erscheinen, so dass im Gespräch durch kommunikativen Stilmittelinsatz, wie ironische Distanzierung oder Humor, ein Konflikt latent gehalten werden muss (Kapitel V 1.1.1 und 3.6). In derartigen interaktiven und gesprächsanalytisch rekonstruierbaren Varianten der Bearbeitung von Inkonsistenzen kann Legitimierung und Delegitimierung als situatives Problem von Akteuren beobachtet werden (Mikrofundierung). Gleichsam lassen sich aus dieser interaktiven Bearbeitung von Inkonsistenzen Aussagen über das Verhältnis zwischen den Konventionen bzw. institutionellen Logiken eines Feldes zueinander ableiten (Kapitel V 4). So kann z.B. darüber nachgedacht werden, in welchem Maße die Energiemarktliberalisierung oder die Debatte um den anthropogenen Klimawandel zu einer Werteverchiebung im Feld der kommunalen Energieversorgungswirtschaft geführt haben, oder ob die neuen Logiken von dem tradierten Wertekomplex des kom-

munalen Versorgungsbetriebes eher absorbiert werden (Kapitel V 4.3). Mit einer gesprächs- und interaktionsanalytischen Perspektive können diese Konfliktlinien, Widersprüche und Kompromissbildungen rekonstruiert werden. Indem sich die Analyse auf die situativen und interaktiven Problemlagen der Akteure einlässt, die ihre Positionen darstellen, rechtfertigen und so argumentativ Darstellungsdefizite bearbeiten (Spranz-Fogasy 2006: 31), wird offenbar, welche Positionen in einem Kontext wie und in Bezug worauf legitimierbar sind oder problematisch werden.

Die in diesem Buch vorgestellte Forschungsperspektive beobachtet Rechtfertigungen wirtschaftlichen Handelns, also den Prozess der Legitimierung und Delegitimierung vor dem Hintergrund eines institutionellen Feldes in Bewegung: Energiemarktliberalisierung, anthropogener Klimawandel, Energiewende, CO₂-Handel, Endlichkeit fossiler Brennstoffe, etc.. Dabei wird ein etwaiger Wertewandel nicht einfach über die Feststellung bzw. die Aufzählung politischer Verordnungen konstatiert, sondern über die Rechtfertigung wirtschaftlichen Handelns rekonstruiert. Die institutionelle Ordnung oder wirtschaftliche Objekte (Regeln, Normen, Energiemarktliberalisierung, CO₂-Rechte, Preise, etc.) sind dabei nicht selbsterkährend und auch nicht selbstlegitimierend. Legitimation ergibt sich nicht automatisch aus Verordnungen und Reformen. Und auch wirtschaftliche Objekte, wie Preise und CO₂-Rechte entfalten ihren Sinn nicht aus sich heraus, sondern sind interpretationsbedürftig (Kapitel V 2). So kann diese Arbeit zeigen, dass das kommunalwirtschaftliche Prinzip der Daseinsvorsorge über das Ziel der Versorgungssicherheit und der Bedarfsorientierung das wirtschaftliche Prinzip der kurzfristigen Preisorientierung immer wieder argumentativ dominiert. Selbst im Stromhandel, welcher das ‚Herz‘ der Energiemarktliberalisierung darstellt, besteht über das „compromising devise“ (Thévenot 2001a) des Beschaffungsportfolios und über den Forwardhandel die Möglichkeit langfristige Planbarkeit herzustellen und eine Bedarfsorientierung auch noch unter liberalisierten Marktbedingungen aufrechtzuerhalten (Kapitel V 2.3). Diese Arbeit versteht sich damit auch als Plädoyer die Ambivalenz und Begründungsbedürftigkeit wirtschaftlichen Handelns ernst zu nehmen und Wirtschaftlichkeit nicht gleichzusetzen mit der Durchsetzung reiner Marktlichkeit. Wirtschaftliche Legitimierung ist mehrdeutig und deshalb nicht in Begriffen von Durchsetzung, Diffusion oder Hegemonie (z.B. der Marktordnung) zu verstehen. Wertewandel oder Stabilität vollziehen sich vielmehr über die andauernde Konkurrenz und Kombinierbarkeit verschiedener wirtschaftlicher Prinzipien, und Legitimation ist dabei ein lokales und immer wieder zu bewältigendes Problem von Akteuren.

Das vorliegende Buch ist folgendermaßen gegliedert: Zunächst werden die institutionellen Rahmenbedingungen vorgestellt, die das Feld der kommunalen Energieversorgungswirtschaft zu einem heterogenen und mehrdeutigen Kontext

wirtschaftlichen Handelns machen (Kapitel II). Das Prinzip der Daseinsvorsorge reicht dabei zurück in die Zeit der Industrialisierung, als eine zunehmende Verstärkung die Versorgung von immer mehr Bürgern mit Energie, Wasser, Müllentsorgung und einem öffentlichen Transportwesen notwendig machte. In den letzten Jahrzehnten hat sich dieses institutionelle Umfeld verändert. Der globale Klimawandel und der langfristig immer notwendiger werdende ‚Umbau der Energieversorgung‘, erfordern ein Umdenken. Gleichzeitig findet eine umfassende Energiemarktliberalisierung statt, in der die geschützten Versorgungsgebiete der Stadtwerke abgeschafft werden und diese ihre Kraftwerkseinsatzplanung auf die Prämissen des Stromhandels umstellen müssen. Schließlich wird der EU-Emissionshandel vorgestellt, an dem Stadtwerke mit eigener Energieerzeugung teilnehmen müssen. Kapitel III stellt dann den Feldbegriff und die Mikrofundierungsdebatte im soziologischen Neoinstitutionalismus vor, um dann in Bezug auf die französische Konventionenökonomie eine Mikrofundierung vorzuschlagen, die das Problem der Legitimierung zu einem alltäglichen Problem von Akteuren unter der Bedingung von Mehrdeutigkeit macht. In Kapitel IV wird der methodische Zugriff dargelegt. Die Gruppendiskussion wird als Methode vorgestellt, mit der die Verhandlung und die Bearbeitung von Inkonsistenzen (Meyer & Rowan 1977) beobachtet werden können. Kapitel V stellt die empirischen Ergebnisse der Studie dar und gliedert sich in vier Unterkapitel. Dabei wird zunächst das Emissionshandelsverhalten der zwei ausgewählten Stadtwerke im Vergleich dargestellt. Es geht darum zu zeigen, wie unterschiedlich dasselbe Preisereignis vor dem Hintergrund einer ähnlichen Bedarfssituation gedeutet werden kann (Kapitel V 1). Emissionsrechte können dabei in *zweierlei* Art und Weise *wirtschaftlich* verstanden und bearbeitet werden. Zum einen im Sinne einer planbaren Energieerzeugung und zum anderen im Sinne kurzfristiger Gewinnmaximierung (Kapitel V 2.1). Dabei bildet das Beschaffungsportfolio ein *mehrfach theoriegeladenes Kompromissobjekt*, das die Unterschiedlichkeit der kurzfristigen Marktorientierung und der langfristigen Industrieorientierung über den Forwardhandel überbrückt (Kapitel V 2.3). Die Unterschiede im Handelsverhalten der beiden Stadtwerke würde der soziologische Neoinstitutionalismus mit dem Ausbildungshintergrund und den verinnerlichten kognitiven Skripten der beiden Stromhändler erklären (Kapitel V 2.5). Ein Finanzökonom und ein Ingenieur für Energietechnik sehen unterschiedliche Probleme, die sie unterschiedlich bearbeiten. Kapitel V 3 bleibt jedoch nicht bei dieser Feststellung unterschiedlicher professioneller Logiken stehen, sondern fragt, was aus dieser Unterschiedlichkeit für den Organisationsalltag folgt. Die Verschiedenartigkeit wirtschaftlicher Logiken muss im organisationalen Alltag immer wieder verhandelt werden. *Organisationales* Handeln erklärt sich also nicht allein über die Feststellung kognitiver Skripte, sondern darüber, welche Logiken sich situativ immer

wieder vor der Gruppe (vor Kollegen) rechtfertigen und legitimieren lassen. In Kapitel V 3 werden deshalb ausgewählte Sequenzen aus den Gruppendiskussionen in den beiden Stadtwerken auf die Frage hin analysiert, wie und in Bezug worauf die Protagonisten Inkonsistenzen im Gespräch interaktiv bearbeiten. Diese interaktive Bearbeitung von Inkonsistenzen wird dann in Kapitel V 4 genutzt, um daraus generalisierte Aussagen über Legitimation im Feld der kommunalen Energieversorgung abzuleiten. So muss sich die preissprunghafte Spekulation immer wieder rechtfertigen und argumentativ der Bedarfswirtschaftlichkeit unterordnen. Ein Ergebnis dieser Arbeit ist, dass aus der interaktiven Bearbeitung von Inkonsistenzen nicht etwa eine Dominanz der Marktwirtschaftlichkeit abgeleitet werden kann, sondern nach wie vor von einer argumentativen Dominanz der Bedarfswirtschaftlichkeit auch unter der Bedingung der Energiemarktliberalisierung ausgegangen werden muss. Von einem „Ende der Daseinsvorsorge“ (Edeling 2008) kann also nicht gesprochen werden, zumindest nicht auf einer argumentativ-legitimatorischen Ebene, die nicht einfach aus institutionellen Veränderungen, wie der Energiemarktliberalisierung abgeleitet werden kann.